

NEPAL - Der Frieden hat Schluckauf

Von Kunda Dixit (*)

KATMANDU, (IPS) Nach dem ungestümen Aufbruch im vergangenen Jahr, bei dem ein pro-demokratischer Aufstand in Nepal den König Gyanendra gezwungen hat, das aufgelöste Parlament wieder einzusetzen, ist die regierende Achtparteienkoalition Mitte September mit dem Austritt der Maoisten irgendwie in die Binsen gegangen. Der Schritt kam allerdings nicht überraschend, denn die Ex-Guerilla warnte schon seit Monaten davor. Nun hängen die am 22. November angesetzten Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung in der Luft.

Die maoistischen Rebellen hatten sich mit sieben Parlamentsparteien gegen König Gyanendra verbündet, was zum Volksaufstand im April 2006 führte. Seitdem saßen die Maoisten in einem interimistischen Parlament, halfen bei der Niederschrift eines neuen Verfassungstextes und bekamen fünf Ministerien in der neuen Regierung zugeschanzt.

Der Übergang war allerdings alles andere als sanft. Die ehemaligen Guerillas hatten Umstellungsschwierigkeiten vom Dschungel ins Parlament. Es gab laufend Reibereien in der Allianz und die Maoistischen Führer, die den Friedensprozess unterstützt haben, gerieten immer stärker unter Druck aus den eigenen Reihen. Ihnen wurde vorgeworfen, die Revolution verkauft und verraten zu haben.

Der Rücktritt der Minister geschah dann in geschlossener Front und löste eine landesweite Protestwelle aus, um die Regierung von Premierminister Girija Koirala dazu zu bringen, endlich die zwei Hauptforderungen der Maoisten zu erfüllen: Die Ausrufung einer Republik noch vor den Wahlen und die Festlegung einer proportionalen Vertretung im Parlament. Die Maoisten befürchten nämlich, dass der König noch vor den Wahlen eine Destabilisierungswelle startet und wollen ihn endgültig entmachtet wissen. Sie fürchten auch, dass die Wahlen nicht so gut für sie ausgehen könnten und wollen sich mit einem proportionalen Vertretungssystem wenigstens einige Sitze im neuen Parlament sichern.

Durch den Rückzug aus der Regierung haben die Maoisten versucht gleich drei Fliegen mit einem Schlag zu treffen. Sie haben sich die Handlungsinitiative von den ethnischen Gruppen, die inzwischen radikaler als sie selbst geworden waren, wieder zurückgeholt. Sie haben die Kritiker in ihrer eigenen Bewegung, die der Führung Untätigkeit in der provisorischen Regierung vorwarfen, ruhig gestellt. Sie haben es auch geschafft, die alliierten Parteien, die ihnen beim Wahlkampf davongezogen waren, wieder zurück in den Gleichschritt zu bringen.

Die Maoisten haben jedenfalls erkannt, dass ihnen die Oppositionsrolle in der Wahlkampagne besser liegt, da sie sich nun als eindeutige Kraft der Veränderung profilieren können, im Gegensatz zu den traditionellen Parteien, die als Vertreterinnen des Status Quo agieren.

Am meisten Sorgen bereitet der maoistischen Führung die Frustration in den eigenen Reihen. Der Parteivorsitzende Pushpa Kamal Dahal - besser bekannt unter seinem Kriegsnamen „Prachanda“ war im letzten Monat unter wachsender Kritik von Seiten der Kommandeure geraten, die ihm alles mögliche vorwarfen, von einem Luxusleben in Saus und Braus bis zur extremen Nachgiebigkeit gegenüber den Regierungspartnern.

Der Rücktritt aus der Regierung war sicherlich das Geringste, was die Radikalen erwartet haben. Die Maoisten könnten nun darüber hinaus Straßenproteste provozieren, um die Wahlen zu verschieben. In einem internen Memorandum waren die Rebellen nämlich zum Schluss

gekommen, dass sie bei Wahlen im November nicht mehr als 15 Prozent der Parlamentssitze in der Verfassungsgebenden Versammlung bekommen würden. Sie könnten es daher vorziehen, eine Verschiebung des Wahltermins auf April nächsten Jahres durchzusetzen. Sie denken wahrscheinlich, dass sie damit Zeit für eine bessere Vorbereitung und Positionierung im Wahlkampf gewinnen könnten. Aber selbst das wäre zweifelhaft. In den letzten 18 Monaten seit dem Waffenstillstand haben sie es verabsäumt, sich als meinungsführende Partei zu profilieren, statt dessen haben sie sich selbstherrlich aufgeführt und ihre jungen Kader ausgeschickt, um die Geschäftswelt und die politische Kritik einzuschüchtern.

Die meisten der auf 15.000 geschätzten Ex-Guerillas sind in Lagern interniert, die von einer Mission der Vereinten Nationen in Nepal verwaltet werden. Ihre Waffen werden unter Verschluss gelagert. Nach dem Rücktritt der maoistischen Minister haben sich die Vereinten Nationen sofort über den weiteren Verlauf des Friedensprozesses besorgt geäußert. Die Hoffnungen konzentrieren sich nun ganz auf einen baldigen Erfolg der hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen. Auf der Tagesordnung steht ein Kompromissvorschlag, nach dem gleich bei der ersten Sitzung der Verfassungsgebenden Versammlung, die Republik gemeinsam ausgerufen werden soll. Man wird sehen, ob die Maoisten damit einverstanden sind und sich dann am Wahlgang beteiligen. Ansonsten gilt eine Verschiebung des Wahltermins als ziemlich sicher.

Der Friedensprozess in Nepal ist jedenfalls nicht in Frage gestellt. Die Maoisten haben auch nicht vor, zurück in den Bürgerkrieg zu kehren. Die gegenwärtige Situation zeigt nur, wie schwer es ist für eine Gruppierung, die bisher im Untergrund gekämpft hat, zu einer pluralistischen und friedfertigen politischen Partei zu mutieren.

(*) Kunda Dixit, Chefredakteur der Wochenzeitung „Nepali Times“ und Autor des Buches „A People War“. (www.nepalitimes.com)